Deutsches Reich.

Herr Kühn auf Reisen.

Wie die Tägliche Rundschau mitteilt, hat sich das preußische Staatsministerium in seinen letzten Sitzungen wiederholt mit der Militärvorlage und ihrer Deckung beschäftigt, doch sind endgültige Beschlüsse über die Lösung der Besitzsteuerfrage noch nicht gefaßt worden.

Herr Kühn hat sich inzwischen auf eine Geschäftsreise nach Süddeutschland begeben und will München, Stuttgart, Karlsruhe und Dresden abklappen, um bei den Regierungen für die Steuerpläne seines Herrn und Meisters Bethmann zu werben. Der Täglichen Rundschau wird dazu von ihrem Vertreter aus München gemeldet:

Es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler an seinem Vorhaben, den Regierungen an erster Stelle als Besitzsteuer eine Vermögenssteuer vorzuschlagen, festhält, und daß der Zweck der Reise des Reichsschatzsekretärs darin besteht, einige der bisher einer Vermögenssteuer abgeneigten Regierungen der Auffassung des Reichskanzlers geneigt zu machen.

Die Tägliche Rundschau behauptet dann weiter: Neueren Nachrichten zufolge werden dem Reichstag die Militärvorlage, der Nachtragsetat und die Deckungsvorschläge erst nach den Osterferien, bei seinem Wiederzusammentritt, zugehen. Während der Osterferien wird der Bundesrat über die Vorlagen Beschluß fassen. Den Führern der bürgerlichen Parteien dürfte der Reichskanzler aber schon in nächster Zeit Mitteilungen über den Inhalt der Militärvorlage zugehen lassen. Im Anschluß an diese Eröffnungen werden vertrauliche Vorbesprechungen stattfinden.

Der Zeitpunkt der Einbringung der Vorlagen wird wohl sehr davon abhängen, ob die Reise des Herrn Kühn den gewünschten Erfolg haben wird.

220 Millionen.

Bisher wurden die Leser der staatserhaltenden Presse in den Glauben versetzt, die neue Heeresvorlage erfordere „nur" 150 Millionen. Nach den bisherigen Erfahrungen durfte man annehmen, daß das dicke Ende auch diesmal nachkommt. Wie richtig diese Annahme war, beweisen die Andeutungen in einer zeitweise von offiziöser Seite benutzten Korrespondenz, nach welchen die Forderungen sich auf mindestens 200 Millionen Mark belaufen werden. Und die freikonservative Post bemerkt hierzu:

„Man hat im wesentlichen mit der Notwendigkeit gerechnet, 150 Millionen aufbringen zu müssen, und man hat dementsprechend den ganzen Streit und sämtliche Möglichkeiten zur Deckung der Summe auf diese hypothetische Ziffer gestützt. Nun erweist sich aber der ganze Zeitungskampf als ein Streit um Kaisers Bart, denn die erforderliche Summe wird wesentlich höher sein. **Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, beziffern sich die durch die neue Heeresvorlage notwendig werdenden Kosten nicht auf 150, sondern auf 200—220 Millionen M., ausschließlich des durch die Forderungen für eine Luftflotte gebotenen Nachtragsetats. Man wird also auf alle Fälle gut tun, den Streit um die Deckungsfrage so lange zurückzustellen, bis die Höhe der Kosten amtlich bekanntgegeben ist; dann aber erscheint es uns wünschenswert und geboten, sich zunächst im Prinzip auf die für die Lösung der Deckungsfrage den nationalen Parteien offenen und möglichen Wege zu einigen, darüber hinaus aber so schnell als möglich die Heeresvorlage selbst zur Annahme zu bringen.**"

Also auf die Höhe von 220 Millionen sind die Forderungen bereits geschraubt worden. Dazu kommen noch diverse Millionen für die Luftflotte. Wahnsinnige Forderungen!

Zentrum und Reichstagsauflösung.

In der Rhein.-Westf. Ztg. veröffentlicht ein angeblich Eingeweihter aus dem Zentrum einen längeren Artikel über die Taktik des Zentrums. Das Zentrum habe erst versucht, so wird in dem Artikel behauptet, der Regierung durch Kuppigkeit möglichst viel abzuringen. Daher die Nadelstichpolitik des Zentrums. Dann aber habe man sich eines anderen besonnen. Der Verfasser erzählt darüber folgendes:

Als so die Zentrumstaktik des Opponierens auf die Spitze getrieben und durch die Haltung der Zentrumspresse zu den Ankündigungen der neuen Wehrvorlage festgelegt zu werden schien, da griff Freiherr v. Hertling ein, in berechtigter Sorge um die Partei, der er die Arbeit eines Menschenalters gewidmet hat. Das veranlaßte die „führenden" Taktiker, kehrt marsch zu machen ... Um keinen Preis jetzt eine Reichstagsauflösung, das ist der Kern der neuen Zentrumstaktik. Damit sie nicht kommt, Ueberbietung aller nur denkbaren Bewilligungslust der Parteien. Ein übers andere Mal wurde, wie in vertrauten Kreise erzählt wird, von dem Fraktionsredner, der in der Hauptversammlung des Augustinusvereins zu Berlin am 17. Februar über die Beratungen der Parteileitung in Preußen und im Reich mit dem Vorstande des Vereins der Presse Bericht erstattete, die Presse aufgefordert, der Fraktion den weitesten Spielraum zu lassen, auch nicht, wie es die Kölnische Volkszeitung noch ganz zuletzt getan, den alten Grundsatz des Zentrums „keine Bewilligung ohne vorherige Lösung der Deckungsfrage" herauszukehren. Um die alte Taktik der Fraktion zu verteidigen, soll dieser Referent die Zentrumspresse zum Sündenbock gestempelt haben, sie habe im Volke, das über die Stellungnahme des Bundesrates zum Jesuitengesetz mit Recht empört sei, nicht genug gebremst, statt dessen vielfach die Gemüter sogar weiter erhitzt. So habe auf der Fraktion ein gewisser Druck gelegen (das soll sehr verklausuliert, aber den Hörern doch verständlich angedeutet worden sein). Die Erklärung der Fraktion wäre sonst vorsichtiger ausgefallen. Nachher habe die Zentrumspresse durch zu scharfe Auslegung dieser Erklärung die Fraktion tiefer in eine üble Lage hineingebracht.

Der Artikelschreiber berichtet dann, ein Versuch der Herren von der Kölnischen Volkszeitung, den Grundsatz zur Geltung zu bringen, daß keine neuen Ausgaben bewilligt werden sollen, ohne daß entsprechende Deckung vorhanden ist, sei zurückgewiesen worden. Bei seiner Taktik ließ sich das Zentrum nur von dem Bestreben leiten, einer Reichstagsauflösung auszuweichen und dann später die Konservativen noch vor der Erbschaftssteuer zu bewahren.

Das Zentrum will es also nicht zu einer Reichstagsauflösung kommen lassen. Der Ansicht sind wir trotz aller Zentrumsschikanen ja von Anfang an gewesen, als die Gerüchte von einer bevorstehenden Reichstagsauflösung auftauchten. Die klerikale „Volkspartei" wird bewilligen, was nur irgend verlangt wird, und dann wird sie den blauen Bildern zuliebe alles tun, um zu verhüten, daß die verhaßte Erbschaftssteuer kommt. Im trauten Verein werden Pfaffen und Junker dahin arbeiten, daß die neuen Steuerlasten wieder den Volksschaffen aufgehalst werden.

Das Submissionswesen.

Am Mittwoch war Schwerinstag. Der Reichstag, der im vorigen Jahre sich gar keine Zeit zur Beratung der Initiativanträge gelassen hatte, ist jetzt zu einer besseren Uebung zurückgekehrt. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf über das allgemeine Wahlrecht in den Einzelstaaten, der Zentrumsantrag über das Jesuitengesetz und der nationalliberale Antrag in der gestrigen Sitzung sind im Laufe von drei Wochen verhandelt worden.

Die Nationalliberalen haben in ihrem Antrag die Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Regelung des Submissionswesens gefordert. Die Diskussion, die schließlich die Ueberweisung des Entwurfs an eine Spezialkommission ergab, ging naturgemäß hie und da über den eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung hinaus. Es war, wie man hatte erwarten können, eine allgemeine Mittelstandsdebatte um die Frage des Submissionswesens.

Der Nationalliberale Freiherr v. Richthofen begründete den Antrag seiner Fraktion. Er kritisierte die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände mit so viel Schärfe, wie sie von einem Nationalliberalen überhaupt erwartet werden kann. Die Nationalliberalen ziehen auch, wie Herr v. Richthofen besonders hervorhob, die reichsgesetzliche einer landesgesetzlichen Regelung vor. Dieser Forderung, die auch die Schaffung eines Submissionsamtes einschloß, stimmte auch der Reichsparteiler Warmuth zu, der besonders für den Grundsatz des angemessenen Preises eintrat. Dagegen polemisierten der Redner des Zentrums, Herr Irl, und der Konservative Graf v. Carmer-Zieserwitz gegen den Vorschlag der reichsgesetzlichen Regelung.

Unser Genosse Hüttmann entwickelte in sehr wirksamen Ausführungen die Stellungnahme der Sozialdemokratie, die an der Regelung des Submissionswesens mitarbeitet, ohne den Kindergladen zu haben oder erwecken zu wollen, daß damit dem Handwerk der goldene Boden wiedergewonnen werden könnte. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion vertrat mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit, bei einer gesetzlichen Regelung auch Bestimmungen für die Rechte der Arbeiter zu schaffen. Die klare und gründliche Darlegung der Frage durch Hüttmann, namentlich seine Betonung der Arbeiterrechte, müßte eigentlich auch den in Vorurteilen befangenen Gegner überzeugen, daß die Sozialdemokratie die Interessen aller werktätigen Teile des Volkes in ernstester Weise vertritt.

Nach Erledigung des Antrags in erster Lesung wurden mehrere Petitionen behandelt. Eine größere Debatte entstand nur bei der Petition wegen Aenderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Genosse Feuerstein wandte sich vor allem gegen die Verschlechterung des Genossenschaftsrechts zuungunsten der Konsumvereine, wie sie die Petenten vorschlagen. Er hob namentlich die Feindseligkeit gegen das Genossenschaftswesen hervor, zu der allmählich die Bekämpfung der Konsumvereine sich auswächst, und verteidigte mit warmer Energie die wichtigen wirtschaftlichen Neuerscheinungen.

Die Finanzen des Reiches.

In den verflossenen 10 Monaten des Etatsjahrs 1912 haben die Einnahmen des Reiches an Zöllen, Steuern und Gebühren 1395 Millionen M. betragen. Der Ueberschuß gegenüber dem Etatsansatz beziffert sich auf rund 50 Millionen Mark. Die Zölle haben einen Mehrertrag von 37,3 Mill. M. ergeben, die Zigarettensteuer 4 Millionen, die Zuckersteuer 2,8 Millionen, die Essigsäureverbrauchsabgabe 0,1 Millionen, die Leuchtmittelsteuer 2,3 Millionen, die Zündwarensteuer 2,1 Millionen, die Brausteuer 3,9 Millionen, der Spielkartenstempel 0,1 Millionen, die Wechselstempelsteuer 2,2, die Börsensteuer 4,5, der Frachturkundenstempel 1,1, die Personenfahrkartensteuer 1,2, die Kraftfahrzeugsteuer 0,5, die Tantiemensteuer 0,2, der Scheckstempel 0,1, die Zuwachssteuer 1,3 und die Statistische Gebühr 0,7 Millionen Mark. Diesem Ueberschuß von zusammen 64,4 Millionen Mark steht ein Fehlbetrag von 14,4 Millionen Mark gegenüber, der sich verteilt auf die Tabaksteuer mit 1,1 Millionen, Salzsteuer mit 0,2, Branntweinverbrauchsabgabe mit 6,4, Lotteriesteuer mit 1,1, Grundstücksübertragungsstempel mit 2,2 und Erbschaftssteuer mit 3,4 Millionen Mark.

Nach diesem Ergebnis wird mit einem Ueberschuß für das ganze Etatsjahr von 65 Millionen Mark gerechnet. Die Berliner Politischen Nachrichten bemerken dazu vorsichtshalber:

„Wie sich allerdings der Reinüberschuß für das laufende Rechnungsjahr gestalten wird, hängt nicht bloß von den Einnahmen, sondern auch von den Ausgaben ab, und ob bei den letzteren sich ein Mehr gegenüber dem Etatsanschlag und gegebenenfalls in welcher Höhe herausstellen wird, wird sich erst beim Endabschluß der Reichshauptkasse, der ja jetzt immer schon für den Juni oder Juli zu erwarten ist, herausstellen."

Auf das Ergebnis braucht man gar nicht besonders gespannt zu sein, die Etatsansätze der Ausgaben pflegen stets überschritten zu werden, so daß auf einen wirklichen Ueberschuß kaum gerechnet werden kann.

Eine Konferenz russischer Studenten,

die seit Sonnabend in Karlsruhe tagt, hat folgende Resolution gefaßt:

„Die russischen Studierenden sind genötigt, die wissenschaftlichen Institutionen im Auslande, insbesondere in Deutschland aufzusuchen infolge der allgemeinen politischen und nationalen Lebensbedingungen in Rußland, speziell infolge der vollständigen Rechtlosigkeit des größten Teiles der Studierenden aus Rußland, der der jüdischen Nationalität angehört. Der dadurch hervorgerufene Andrang von russischen Studierenden an einigen deutschen Hochschulen, insbesondere zu den medizinischen Fakultäten, bildet den Boden für eine feindliche und beleidigende Agitation durch einen Teil der deutschen Studentenschaft, wodurch der Zutritt zu den deutschen Hochschulen für diejenigen, denen die Tore der russischen Hochschulen verschlossen sind, verhindert werden könnte. Durchdrungen von dem Wunsch, gute Beziehungen zu den deutschen Kommilitonen zu schaffen, hofft die Konferenz, daß die deutsche Studentenschaft nicht den Weg deutscherreaktionärer und antisemitischer Auftritte gegen russische Studierende einschlagen wird, und glaubt, daß durch Selbsthilfe eine Verbesserung der heutigen Lage der russischen Studierenden in Deutschland herbeigeführt werden kann. Sie fordert alle russischen Studierenden an den deutschen Hochschulen auf, sich zur Vertretung ihrer Wünsche und der gemeinschaftlichen Interessen zu organisieren und geht zur Besprechung der Maßnahmen über, die geeignet sind, die Lage der russischen Studierenden in Deutschland zu regulieren."

Ausland.

Frankreich.

Die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 26. Februar. Nach einer offiziösen Meldung dürfte der Kriegsminister entsprechend dem Vorschlag der Abteilungsdirektoren seines Ministeriums der Regierung demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die dreijährige Dienstzeit für alle Waffengattungen und ohne jede Begünstigung eingeführt werden soll.

Truppenverstärkungen an der französischen Grenze.

Charleville, 26. Februar. In Ausführung des neuen französischen Militärgesetzes beginnt man jetzt mit der Truppenverstärkung an der deutschen Grenze. Die erste Erhöhung eines Regiments (insgesamt 110 Mann) ist gestern hier eingetroffen.

Der Balkankrieg.

Konstantinopel, 26. Februar. Wie hiesige Blätter melden, ist auf dem Kriegsschauplatze auf der ganzen Linie ein vollständiger Stillstand aller Kriegsoperationen eingetreten. Die Einstellung der Feindseligkeiten ist besonders auf die strenge Kälte zurückzuführen. Die Nachttemperaturen sind bis auf 10 Grad unter Null zurückgegangen. Sämtliche Truppen, die sich im Felde befinden, leiden furchtbar unter der Kälte. Man hat für sie Erdhöhlen angelegt, die mit Segeltuch überzogen sind. Trotzdem sind gerade unter den Truppen, die vor Tschataldscha stehen, zahlreiche Todesfälle vorgekommen.

Griechische Verstärkungen für Janina.

Konstantinopel, 26. Februar. Wie der Tanin meldet, haben die Griechen von ihren vor Saloniki stehenden Truppen 10 000 Mann nach Janina dirigiert.

Unruhen auf der Insel Rhodos.

Paris, 26. Februar. Nach hier eingetroffenen Meldungen hat eine Anzahl Bewohner der Insel Rhodos in den letzten Tagen die griechische Flagge gehißt. Der italienische Konsul legte dagegen Protest ein und es erfolgte eine Anzahl Verhaftungen. Einige Bewohner griechischer Nationalität, die bei dieser Aktion ihre Hand im Spiel gehabt haben sollen, sind ausgewiesen worden. Der griechische Konsul hat gegen diese Ausweisung protestiert.

Die türkische Finanzklemme.

Konstantinopel, 26. Februar. Das Finanzministerium hat bei zwei Banken Vorschüsse zu je 500 000 Pfund abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Verträge steht bevor. Italien wird in drei bis vier Tagen die im Vertrage von Lausanne als Kapital der Einkünfte der Dette Publique aus Tripolis vereinbarte Summe von 50 Millionen Frank an die Türkei abliefern. Gemäß einem zwischen der Pforte und der Dette Publique abgeschlossenen Uebereinkommen fließt ein Drittel dieser Summe dem türkischen Staatsschatz zu, der nach Abzug des bereits empfangenen Vorschusses von 800 000 Pfund noch ungefähr 9 800 000 Frank zu erhalten hat.

Der Wunsch nach Frieden.

Wien, 26. Februar. Die Politische Korrespondenz meldet aus London: Der Verlauf des Meinungsaustausches mit den führenden türkischen Persönlichkeiten, die zunehmende Erstarkung des Wunsches nach Frieden in Konstantinopel und der Stand der Dinge auf dem Kriegsschauplatze rufen in diplomatischen Kreisen den bestimmten Eindruck hervor, daß das Ende des Balkankrieges nahe gerückt und die Bereitwilligkeit zur Verständigung bei den kriegführenden Parteien zu solcher Reife gelangt ist, daß die Zustimmung der Pforte zu den Ratschlägen der Mächte und die Eröffnung der Friedensverhandlungen in aller Form bald erwartet werden kann.

Rußland und Montenegro.

Paris, 26. Februar. Die Liberté will aus informierten russischen Kreisen wissen, daß die russische Regierung definitiv davon Abstand genommen hat, Montenegro in der Angelegenheit Scutari zu unterstützen, dagegen sei sie damit einverstanden, daß Prizrend und Uesküb an Serbien fallen.

Parlamentarische Kommissionen.

Kolonialbahnen. — Menschenvernichtung in Ostafrika. — Unterdrückungspolitik.

Die Debatte über den Bau der Mittellandbahn in Kamerun (von Duala nach dem Njong) wurde in der Mittwochsitzung der Budgetkommission des Reichstags fortgesetzt. Der Bahnbau kommt nicht recht vom Fleck, und der Afrikareisende Zimmermann, der Kamerun und das neu hinzuerworbene Gebiet aus eigener Anschauung genau kennt, behauptet, daß der Fortführung der Bahn unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen. In der Kommission ist deshalb die Frage aufgeworfen worden, ob nicht eine neue Trassierung zu erwägen ist. Die Regierung erklärt auf alle eindringlichen Vorhaltungen der Kommission, die Vorarbeiten seien abgeschlossen, die Schwierigkeiten würden überwunden werden. Die gesamten Baukosten der 360 Kilometer langen Bahn sind auf 40 Millionen Mark veranschlagt, für die ersten 85 Kilometer sind aber bereits 21 Millionen ausgegeben worden. Von allen Parteien wurde am Mittwoch der Regierung vorgehalten, daß sie jeder klaren Auskunft über die wirkliche Durchführbarkeit des Bahnbaues ausweiche, ebenso auch darüber, ob der Voranschlag erheblich überschritten werde. Die Regierung biete weiter nichts als Hoffnungen, aber keine Sicherheit. — Unterstaatssekretär Conze meinte schließlich, die endgültigen Baukosten werden sich in einer solchen Höhe bewegen, die vor dem Reichstage vertreten werden kann. — Abg. Erzberger meinte, in Zukunft müssen Bauprojekte für Kolonialbahnen von der Kommission weit genauer geprüft werden. — Genosse Noske verlangte Auskunft über die Preise für Eisenbahnschienen, da das Reich vom Schienensyndikat — wenigstens früher — sehr übervorteilt worden ist. — Nach Angabe der Regierung existiert wegen der Schienenlieferung ein langjähriger Vertrag, der akzeptable Preise für Schienen enthält. — Nach einer kurzen Aussprache über die Konzessionsgesellschaften und die Eingeborenenreservate wurde eine Resolution angenommen, die die Regierung ersucht, alsbald für die Gebietsteile von Neu-Kamerun die erforderlichen Maßnahmen zur Errichtung von Eingeborenenreservaten und zur Sicherung der Handelsfreiheit deutscher Kaufleute zu treffen.

Damit war der Etat für Kamerun erledigt; es folgte der Etat für Ostafrika. In Daressalam ist von der Behörde eine neue Sklavenmarkt eingerichtet worden. Auf die Eingeborenen wird ein